

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227 72542 • Fax.: 030/ 227 70132
E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:
Badstraße 14 • 74072 Heilbronn
Tel.: 07131/ 982 4215 • Fax.: 07131/ 982 4216
E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

Beschwerden über die Bundestagswahl

Thomas Strobls Rede zum Wahlrecht

An prominenter Stelle auf der Tagesordnung – Donnerstagmorgen um 9 Uhr – redete Thomas Strobl diese Woche in seiner Funktion als Vorsitzender des Wahlprüfungsausschusses im Plenum des Deutschen Bundestags. Das Thema der Rede betrifft Wählerinnen und Wähler ganz konkret. Einige Ausschnitte aus seiner Rede: „Es geht darum, wann und wie kontrolliert wird, ob eine Bundestagswahl ordnungsgemäß abgelaufen ist und ob die Zusammensetzung des Deutschen Bundestags tatsächlich dem Willen der Wählerinnen und Wähler entspricht.“

Ich möchte Ihnen ein konkretes Beispiel aus der Praxis des Wahlprüfungsausschusses nennen, um das zu verdeutlichen. So beklagte etwa ein Einspruchsführer, dass sein Wahllokal in der Schalterhalle einer Sparkasse eingerichtet wurde, obwohl die Überwachungskameras aus versicherungstechnischen Gründen nicht abgeschaltet werden konnten. Er fühlte sich bei seiner Stimmabgabe unzulässig beobachtet. Sein Gefühl täuschte ihn nicht. Er hatte freilich recht.



Thomas Strobl ist Vorsitzender des Wahlprüfungsausschusses der Deutschen Bundestags (Quelle: Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel)

Den Wahlprüfungsausschuss, der für den Bundestag die Prüfung der Beschwerden übernimmt, erreichten nach der letzten Bundestagswahl 163 Einsprüche. Bei vorangegangenen Bundestagswahlen waren es zum Teil 500 bis 600 Einsprüche. Obwohl immer wieder zahlreiche Wahlfehler festgestellt werden, ist noch nie eine Bundestagswahl wiederholt worden.

Dies lag daran, dass sich bei der Prüfung keiner der Wahlfehler als so umfassend herausgestellt hat, dass er Einfluss auf die Zusammensetzung des Bundestags gehabt hat oder auch nur in irgendeiner Art und Weise hätte haben können. Wir untersuchen also ganz konkrete Fälle. Etwa ob denkbar ist, dass man zu einem anderen Ergebnis gekommen wäre, selbst wenn alle Stimmen, die in unrechtmäßiger Art und Weise nicht gezählt worden sind, dem nicht gewählten Abgeordneten zugefallen wären.“



Konrad Adenauer vor der ersten Wahlurne der Bundesrepublik. Diese Woche wurde der Wahlrechtsschutz weiter verbessert. (Quelle: BPA/Phalanx Photoagentur)

In diesem Fall wird ein Einspruch, der sich formal immer auf die ganze Wahl bezieht und fordert, diese zu wiederholen, abgewiesen.

„Nun wollen wir die Tatsache, dass ein Wahlfehler passiert ist, auch wenn es eine Abweisung des Einspruchs aufgrund mangelnder Mandatsrelevanz gibt, in der Tenorierung des Beschlusses deutlich herausstellen. Wir wollen dies nicht nur deswegen tun, damit diejenigen, die Einspruch erheben, etwas zufriedener sind, sondern wir erhoffen uns dadurch eine stärkere Wirkung, dass sich solche Wahlfehler in Zukunft nicht wiederholen.“

Der Abgeordnete betonte weiter: „Das Wahlrecht darf nicht nur auf dem Papier gelten, sondern es muss

aufmerksam und sorgfältig kontrolliert und weiterentwickelt werden. Das Wahlrecht ist ein Essential, ein Grundrecht unserer Demokratie, auf dem letztlich alles andere aufbaut.“

Die Abgeordneten aller im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme der Linken stimmten im Anschluss an die Rede von Thomas Strobl auch einer Änderung des Grundgesetzes zu. Dabei ging es um das Klagerecht von Parteien, die nicht zu einer Wahl zugelassen wurden. Der Vorsitzende des Wahlprüfungsausschusses sagte dazu: „Bisher hatten insbesondere kleine und neue Parteien, denen vor der Wahl die Zulassung als Partei versagt und damit die Chance genommen wurde, von den Wählerinnen und Wählern überhaupt gewählt werden zu können, nur die Möglichkeit, *nach* einer Wahl dagegen Einspruch einzulegen. Für mich persönlich war das eine Rechtsschutzlücke, die wir heute richtigerweise schließen.“

Die Tatsache, dass diese Neuregelung überparteilich beschlossen worden ist, kommentiert Thomas Strobl in seiner Rede: „Es ist immer wieder gut, dass die demokratischen Parteien in diesem Hause bei allem notwendigen und leidenschaftlich geführten Streit auch in der Lage sind, fraktionsübergreifend das zu gestalten, was gemeinsam gestaltet werden sollte. Zu dem, was gemeinsam gestaltet werden sollte, gehört meines Erachtens auch das Wahlrecht; denn das Wahlrecht gilt für alle. Insofern möchte ich mich insgesamt bei den Fraktionen der CDU/CSU, der SPD, der FDP und des Bündnisses 90/Die Grünen dafür bedanken, dass wir nun ein gemeinsames Ergebnis zur Stärkung und zum Schutz unseres Wahlrechts gefunden haben.“

WEITERE THEMEN DER WOCHE

- Änderung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes
- Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR)
- Neuregelung der Organspende im Transplantationsgesetz

KURZNACHRICHTEN

GreenTeam-Rennwagen der Uni Stuttgart am Bundestag

Die Forschungsministerin Dr. Annette Schavan, der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg Thomas Strobl und der Stuttgarter CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Stefan Kaufmann haben am Dienstag das GreenTeam der Universität Stuttgart im Bundestag empfangen. Das GreenTeam, ein gemeinnütziger Verein der Uni Stuttgart, stellte den Bundestagsabgeordneten bei einer Fahrvorführung einen Formula-Student-Rennwagen mit rein elektronischem Antriebskonzept vor, der einem traditionellen Verbrennungsantrieb in nichts nachsteht. Dies zeigt eindrucksvoll, dass Baden-Württemberg mit seinen Universitäten ein wichtiger Innovationsstandort bleibt.



Der GreenTeam-Rennwagen sorgte vor dem Paul-Löbe-Haus in Berlin für großes Aufsehen. (Quelle: Dr. Stefan Kaufmann MdB)

Entwicklungshilfe und internationale Zusammenarbeit

Gleich drei entwicklungspolitische Themen standen diese Woche auf der Agenda:

Zunächst blickte das Parlament auf die politische Reform in Myanmar. In dem südostasiatischen Land lässt sich derzeit der ungewöhnliche Fall beobachten, dass sich eine Diktatur aus sich selbst heraus hin zu demokratischen Strukturen öffnet. Diese äußerst begrüßenswerte Entwicklung soll weiter kritisch

begleitet und zum Erfolg geführt werden. CDU/CSU und FDP forderten daher die Bundesregierung zur Unterstützung der Reformkräfte auf, um dadurch weitere Verstöße gegen Menschen- und Bürgerrechte zu verhindern und den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft zu ermöglichen.

Die weltweite Sicherung von Wasser und Ernährung wird immer drängender: Millionen Menschen haben auch heute noch keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und keine Möglichkeit, ihre Felder ausreichend zu bewässern. Krankheiten und Hunger sind die grausamen Folgen. Die Sicherstellung der Wasserversorgung und der global steigende Wasserbedarf, insbesondere in den ländlichen Regionen von Entwicklungsländern, sind also bedeutende Themen deutscher Entwicklungszusammenarbeit. Die Bundesregierung wurde darum aufgefordert, den Wassersektor als Schwerpunktbereich ihrer Bemühungen zu begreifen. Das dazu vorhandene Know-How im Land soll voll ausgeschöpft werden, um zielgenaue Lösungsansätze zu entwickeln und damit effiziente Hilfe sicherzustellen.

Grund zu Sorge bereitet zudem die nach wie vor angespannte Lage zwischen den Republiken Sudan und Südsudan, die sich auch nach deren Teilung nicht entspannt hat. Grenzkonflikte, Verteilungskämpfe und Racheakte erschüttern immer wieder die Region und deren Bewohner. Umso wichtiger ist eine konsequente Begleitung der beiden Staaten und der Entwicklung ihres Verhältnisses zueinander. Hierzu haben die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung ebenfalls nachdrücklich aufgefordert.

Kultur macht stark

Theatergruppe, Musikschule und Balletkurs leisten wichtige Beiträge zur Persönlichkeitsbildung von Kindern und Jugendlichen. Kreativität, Teamgeist und Zielstrebigkeit werden gefördert; Kinder entdecken ihre Talente und gewinnen Selbstvertrauen. Diese Chance soll nicht nur vom Elternhaus abhängen. Deshalb fördert der Bund ab dem Jahr 2013 außerschulische Angebote der kulturellen Bildung für benachteiligte Jugendliche mit jährlich 30 Millionen

Euro. Thomas Strobl, der im Ausschuss für Kultur und Medien für die Kulturelle Bildung zuständig ist, sagte dazu: „Mehr als ein Viertel aller Kinder besitzt von seinem Elternhaus her keine optimalen Entwicklungsvoraussetzungen. Wir wollen aber, dass alle Kinder die Erfahrung machen können, sich selbst künstlerisch zu betätigen. Außerdem fördern wir mit dem neuen Programm das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger.“ Lokale Vereine und Initiativen können sich ab Herbst um Fördermittel für ihre Aktivitäten in der kulturellen Bildung bewerben; die Förderung ist für bis zu fünf Jahre vorgesehen. Weitere Informationen finden Sie unter www.buendnisse-fuer-bildung.de.

Ein Jahr USA für junge Leute



Die Freiheitsstatue im New Yorker Hafen (Quelle: © dpa)

Auch im Jahr 2013 findet wieder das traditionelle **Parlamentarische Patenschafts-Programm** des Deutschen Bundestages und des Amerikanischen Kongresses statt, das es jungen Leuten ermöglicht, ein Jahr in den USA zu verbringen. Ziel des Programms ist, den jungen Deutschen und Amerikanern in beiden Ländern die Bedeutung freundschaftlicher Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen politischen und kulturellen Wertvorstellungen beruht, auf anschauliche Weise zu vermitteln.

Bewerben können sich Schülerinnen und Schüler zwischen 15 und 17 Jahren, junge Berufstätige bis 24 Jahre sowie arbeitslose Jugendliche mit abgeschlossener Berufsausbildung. Interessierte können sich an das Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten Thomas Strobl wenden.

Bewerbungsschluss ist der 14. September 2012.

Vom Kocher an die Spree: Besuch der Abschlussstufe der Helmbundschule Neuenstadt im Bundestag

Diese Woche waren die Abschlussklassen der Helmbundschule Neuenstadt a. K. mit über 100 Schülern zu Besuch in Berlin. Trotz vollem Terminkalender ließ es sich der direkt gewählte Heilbronner Bundestagsabgeordnete Thomas Strobl (CDU) nicht nehmen, die Schüler persönlich im Reichstag zu empfangen. Nachdem er die Schüler begrüßt und seine Arbeit im Parlament und in den Ausschüssen vorgestellt hatte, beantwortete er die zahlreichen Fragen der Schülerinnen und Schüler. Besonders die kritischen Fragen wurden von Thomas Strobl mit sichtbarer Freude beantwortet, da gerade diese meistens von unvoreingenommenen, frei denkenden jungen Leuten gestellt werden. So entwickelte sich schnell eine lebhaft Diskussions, in der beispielsweise die Meinung von Thomas Strobl zur Piratenpartei oder auch die Entlassung von Dr. Norbert Röttgen erörtert wurden.



Die Abschlussstufe der Helmbundschule mit Thomas Strobl (Quelle: Privat)

Nach über einer Stunde Diskussion machte die Gruppe im Reichstag noch ein Erinnerungsfoto mit dem Abgeordneten. Neben dem Gespräch mit Thomas Strobl standen noch andere Programmpunkte wie etwa die Besichtigung des Reichstags und seiner berühmten Kuppel sowie ein Imbiss auf der Agenda.

Der Besuch der Abschlussklassen in Berlin war ein voller Erfolg – für die Schüler, die Lehrer, aber auch für Thomas Strobl, der durch den Austausch mit interessierten Schülerinnen und Schülern immer wieder

eine wertvolle Rückmeldung darüber erhält, was den jungen Leuten wichtig ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,



der Beruf eines Abgeordneten hat eine ganz besondere Eigenheit: Ein geregelter Arbeitsalltag stellt sich niemals ein! Ganz im Gegenteil. Jeder Tag bringt neue, spannende Herausforderungen mit sich.

So stand diese Woche ganz im Zeichen des Wechsels von Peter Altmaier an die Spitze des Umweltministeriums. Das bedeutete zugleich, dass die CDU-Bundestagsfraktion den dadurch vakanten Posten des „Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers“ neu besetzen musste.

Ein Teil der Beratungen findet in der sogenannten „Teppichhändlerrunde“ statt, einem innerfraktionellen Gremium, das bei Personalfragen zusammentritt und verhandelt. Als Landesgruppenvorsitzender von Baden-Württemberg betätige auch ich mich ab und an im „Teppichhandel“.

Es freut mich sehr, dass wir uns in der Fraktion auf Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder beinahe einstimmig auf den Vorsitzenden der Niedersächsischen Landesgruppe Michael Grosse-Brömer als Nachfolger von Peter Altmaier einigen konnten.

Ich habe seine Wahl voll unterstützt, da ich sicher bin, dass wir sehr gut zusammenarbeiten werden. Für meine Arbeit als Vorsitzender des Vermittlungsausschusses ist das besonders erfreulich, da der Erste Parlamentarische Geschäftsführer auch für Verhandlungen mit der Opposition zuständig ist.

Nach einer turbulenten Woche freue ich mich nun auf ein sonniges Pfingstwochenende im schönen Heilbronn und die Gelegenheit, im Kreise der Familie inne zu halten und Kraft für anstehenden Aufgaben zu schöpfen.

Auch Ihnen wünsche ich besinnliche Tage und ein frohes Pfingstfest.

Herzlichst,

Mr Thomas Strobl.

v.i.S.d.P.:

Antonia Ritter

Büroleiterin und wissenschaftliche Mitarbeiterin

Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB

Vorsitzender des Ersten Ausschusses

Vorsitzender des Vermittlungsausschusses

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe

Baden-Württemberg

Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030/ 227 72542

Fax: 030/ 227 70123

Dieser Newsletter lässt sich jederzeit mit einer kurzen E-Mail an thomas.strobl@bundestag.de abbestellen.